

GRÜNE

Die UTW und der Umgang miteinander

Nun geht es los: In vielerlei Veranstaltungen wird in der nächsten Zeit um die Gunst der Bürger beim Bürgerentscheid geworben.

Ich hätte mir gewünscht, dass dieses urdemokratische Instrument des Bürgerentscheides nicht bei einem so bürgerfremden Thema wie der Unechten Teilortswahl (UTW) Premiere in Ettlingen feiert. Das Thema hätten wir im Gemeinderat alleine regeln müssen. Aber sei' s drum, nun haben wir ihn. Wir, die zwei Grünen im GR, sind auf die beiden Lager verteilt, wie es in den Stellungnahmen der Fraktionen und Gruppen im Amtsblatt zu lesen war. Dennoch können wir weiterhin vernünftig und sachlich miteinander umgehen und werden weiter versuchen gute Kommunalpolitik in Ettlingen mitzugestalten.

Ich hoffe, dass der Umgang der beiden Lager miteinander bei diesem seltsam emotionalen Thema einigermaßen sachlich und anständig bleibt. Der Respekt voreinander, gerade bei einem so kontroversen Thema, muss uns wichtig sein.

Ich glaube, dass dies mindestens genau so wichtig ist wie die Sache selbst.

Hermann Siess, Stadtrat fam.suess@gmx.de



GRÜNE

Schulen haben Vorrang!

Zur Hallenbegehung mit dem Ettlinger Gemeinderat am letzten Samstag hatte sich unsere Verwaltung gut vorbereitet. Nutzung und baulicher Zustand aller Ortsteilhallen wurde erläutert. Sanierungs- bzw. Neubaubedarf besteht insbesondere in Schöllbronn, Spessart und Ettlingenweier in Millionenhöhe.

Parallel beraten wir diese Woche im Ausschuss die Schlosssanierung (Gesamtvolumen ohne Tiefgarage etwa 10 Mio. €), beschließen die erste Kostensteigerung beim Feuerwehrneubau auf nunmehr 5,5 Mio. € und - last not least dürfte die Realisierung einer öffentlichen Tiefgarage auf dem freiwerdenden Grundstück neben der Herz-Jesu-Kirche die Stadt zusätzliche Millionen kosten.

Ferner soll für alle Schulen ein Gesamtsanierungskonzept erstellt - und irgendwann - abgearbeitet werden. Ebenfalls Millionenvolumen!

Aber, so fragen wir uns, ist diese Reihenfolge sinnvoll? Wir bezweifeln nicht den Sanierungsstau im Schloss, oder den Bedarf an Freizeiträumen für die engagierten Vereine der Teilorte. Aber, unsere Kinder müssen täglich bis zu 8 Stunden in ihrer Schule verbringen, deshalb hat diese Aufgabe für uns Priorität. Schulen müssen saniert werden, nicht nur, wenn nach allen anderen Vorhaben Geld übrig ist, sondern zuerst! Wir schlagen deshalb vor, analog der Hallenbegehung eine Schulbegehung zu machen, um einen Überblick über die hier notwendigen Ausgaben zu erhalten. Alle anderen Großprojekte sollten so lange zurückgestellt werden, bis hier die Finanzierung steht, denn auch in Ettlingen können wir jeden Euro nur einmal ausgeben.

P.S.:

Der von uns angeregte interfraktionelle Antrag zur Wilhelm-Lorenz-Realschule hat das nötige Quorum erreicht, um auf die Tagesordnung des Gemeinderats gesetzt zu werden. Danke allen Kolleginnen und Kollegen, die unterschrieben haben.

Barbara Saebel

10.04.2008

GRÜNE

Wir unterstützen die landesweite Elterninitiative "Schule mit Zukunft"

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Die Realitäten im High-Tech-Land Baden-Württemberg im Jahre 2008:

Klassen mit über 30 Schülern, - durch Lehrermangel bedingter Unterrichtsausfall, - "selbständiges Aneignen des Lernstoffs durch die Schüler" (bei Abwesenheit von Lehrern), - Straffung der Lernzeit von 9 auf 8 Jahre bis zum Abitur (ohne die Lehrpläne zu überarbeiten), - kaum Förderung für die wachsende Zahl von Schülern, die sich die teuren, privaten Nachhilfeinstitute nicht leisten können, - Betreuung statt Bildung in der offenen Ganztagschule unter Abwälzung der Kosten auf die Kommunen...

Fazit: Jenseits von "Exzellenzinitiativen" und Medienrummel sieht's düster aus.

Dagegen fordert die landesweite Elterninitiative "Schule mit Zukunft":

- kleinere Klassen
- Ersatzlehrer/Innen bei Unterrichtsausfall
- Ausbau des Ergänzungsbereichs
- Förderung von Schülern mit besonderem Förderbedarf
- Einstellung von Lehrern und Sozialpädagogen

Unterstützt wird die Initiative u.a. von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), dem Gesamtelternbeirat von Ettlingen, sowie dem DGB Ortsverband Ettlingen/Malsch/Albtal.

Setzen auch Sie sich für eine Verbesserung der Lernsituation unserer Kinder ein.

Fahren Sie mit zur landesweiten Demonstration in Stuttgart am Samstag, 19. April 2008.

10.40 Uhr: Treffpunkt Schulzentrum Middelkerker Straße, für Teilnehmer, die im Bus mitfahren möchten

13 Uhr: Sternmarsch zum Stuttgarter Schlossplatz; 14 Uhr: Kundgebung mit dem GEW-Landesvorsitzenden Rainer Dahlem.

Anmeldungen für die Busfahrt und Rückfragen bei Monika Gattner unter Tel: 07243 98385 oder E-mail: ZukunftSchule-Ettlingen@web.de

Monika Gattner, Barbara Saebel

17.04.2008

GRÜNE

Baden-Württemberg - noch kein Musterland



Eine auch von uns mit Interesse verfolgte Veranstaltung der CDU mit Baden -Württembergs Umweltministerin Tanja Gönner machte schnell deutlich, dass unsere Landesregierung bisher weitgehend versäumt hat ihre theoretischen Erkenntnisse in nachhaltige Politik umzusetzen. ERKENNTNIS:

1. Klimawandel ist in weiten Teilen von Menschen verursacht, die dadurch entstehenden materiellen Schäden in BW werden bis 2020 auf 129 Milliarden € geschätzt.
2. Kohle wird nun auch von der Landesregierung als wesentlicher Klimakiller erkannt,
3. Dezentrale Kleinkraftwerke mit Kraft Wärme-Kopplung haben mit 85-90% eine wesentlich höhere Energieausbeute als Großkraftwerke, da diese über 50% der Energie (Prozesswärme) nicht nutzen können, sondern damit unser Klima / unsere Flüsse aufheizen.
5. Durch Gesetze und Anreizprogramme sollen CO2-Einsparungen gefördert werden.

So weit Zustimmung auch von uns Grünen!

REALPOLITIK:

Baden Württemberg setzt bis mindestens 2020 zu 80% auf Großkraftwerke, zu 50% auf Atomstrom/Laufzeitverlängerung von KKW's (gesetzwidrig, da der Ausstieg beschlossen ist) und zu 30% auf Kohle (ungeachtet der CO2 Emissionen) und plant lediglich 20% Strom aus regenerativen Quellen wie Sonne, Wind, Wasser und Geothermie zu erreichen.

Wir meinen: Der Neubau von Kohlegroßkraftwerken kostet Milliarden und verschmutzt die Umwelt für weitere 40 Jahre Laufzeit. Die Wertschöpfung findet zu über 80% im Ausland statt, da fossile Primärenergie über die gesamte Laufzeit zu stetig steigenden Preisen importiert werden muss. So kommen wir aus dem Teufelskreis steigender Energiepreise plus zunehmender Umweltverschmutzung nicht heraus. Das in Kohle und Uran investierte Geld fehlt um den Umstieg auf die regenerative Energieerzeugung der Zukunft zu meistern.

Statt des Kotau der Landesregierung vor den Lobbyisten der Energiegiganten und der Großindustrie sollten alle Anstrengungen in den alternativlosen Ausbau erneuerbarer Energien fließen. Hier profitiert unser mittelständisches Handwerk und Gewerbe, die Wertschöpfung bleibt zu über 90% im Land, umweltfreundliche Energieerzeugung könnte unser künftiger Exportschlager werden.

Barbara Saebel

24.04.2008

Was tun?

In den von der UTW besonders betroffenen Teilorten wurden große Mehrheiten (85%) für die Beibehaltung ihrer vertraglich garantierten Beteiligungsrechte im Gemeinderat der Gesamtstadt erreicht. Bei einer Wahlbeteiligung dort von immerhin 43% was gemessen z.B. an Schweizer Abstimmungsverhältnissen viel ist. Doch über die Gesamtstadt gerechnet, wurde das hohe gesetzliche Quorum von 25% Zustimmung mit den 21,16%-Ja-Stimmen knapp verfehlt.

Verantwortlich hierfür ist die zahlenmäßige Dominanz (60:40) der Kernstadt-Stimmberechtigten in der Gesamtstadt, die mit und ohne UTW nichts zu verlieren haben und sich mit nur 17,5% Abstimmungs-Beteiligung relativ uninteressiert zeigten. Abstrakt - rechtlich gilt nur das Gesamtstadtergebnis. Moralisch - politisch aber müssen sich die Teilorte wegen der gewaltigen Größenunterschiede in Ettligen dabei zurückgesetzt fühlen. Fairerweise sollten ihre Ergebnisse getrennt von denen der viel größeren Kernstadt berücksichtigt und politisch im Sinne des Zusammenhalts der Gesamtstadt bewertet werden.

Das ist jetzt Aufgabe des Gemeinderats zum Wohle der gesamten Stadt.

Das eindrucksvolle Bestehen unserer Teilortsbürger auf ihren garantierten Teilhaberechten ist kein Zeichen mangelnder, sondern gelungener Integration auf der Basis der UTW.

Dieses sollte man nicht ohne Not auf's Spiel setzen, den Abschaffungsbeschluss aussetzen und in Zukunft nicht gegen, sondern mit den Teilortsvertretern handeln.

Paul Haase für die Gruppe der Grünen im Rat

GRÜNE

Winfried Hermann zur Bahnprivatisierung

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Bei der letzten Mitgliederversammlung des Stadtverbandes referierte unser Bundestagsabgeordneter und verkehrspolitische Sprecher Winfried Hermann zur bevorstehenden Bahnprivatisierung. Obwohl eine Privatisierung des Schienenverkehrs und die dadurch bedingte stärkere Öffnung für konkurrierende Anbieter im Sinne der Bahnkunden und daher zu begrüßen ist, lehnt Bündnis 90/Die Grünen eine Bahnprivatisierung in der jüngst von der großen Koalition beschlossenen Form ab.

Der am 28.04. vom Koalitionsausschuss abgeseignete Gesetzentwurf sieht keine klare Trennung zwischen den Bereichen Schienennetz und Transport mehr vor. Stattdessen werden beide Bereiche unter eine DB AG Holding, deren Hauptaktionär der Bund ist, eingegliedert. Diese Holding muss dann den Balanceakt vollbringen, die widersprüchlichen Interessen des Bereiches Schienennetz (öffentlicher Versorgungsauftrag) und des Bereiches Transport AG (Gewinnmaximierung) unter einen Hut zu bringen. Wer da auf der Strecke bleiben wird, liegt auf der Hand. Die Beteiligung Privater an der Bahn auf 24,9 Prozent zu beschränken, ist Augenschwermerei ohne nachhaltige Wirkung. Denn eine solche Beschränkung wäre dauerhaft nur mit einer Grundgesetzänderung abzusichern, die nicht geplant ist, und für die es auch keine Mehrheit in Bundestag und Bundesrat gäbe.

Der für die Region Karlsruhe wichtige Ausbau der Rheintalstrecke und die Unterstützung des Nahverkehrs könnten in Gefahr oder zumindest in weiteren Verzug geraten. Auch beim Projekt Bahnprivatisierung zeichnet sich das altbekannte Muster ab: Gewinne privatisieren, Risiken bei der Allgemeinheit (sprich: Steuerzahler) belassen. So bitte nicht!

Dr. Michael Pollich für die grünen Stadträte

08.05.2008

Desillusioniert

Der Bürgerentscheid ist ein basisdemokratisches Instrument in unserer repräsentativen Demokratie und deshalb hielt ich ihn bisher für ein gutes Mittel, wenn die Wähler ihre Meinung gegen Entscheidungen der gewählten Vertreter im Parlament durchsetzen wollen.

Der Entscheid in Ettlingen und parallel der in Berlin (Flughafen Tempelhof) haben jedoch gezeigt, dass ein Bürgerentscheid sehr leicht zu instrumentalisieren ist von den jeweiligen politischen Interessengruppen. Kommt das Bürgerbegehren echt aus der Bevölkerung, haben die Leute wirklich Interesse am Thema, ist die Sache in Ordnung.

Werden die Stimmen für den Bürgerbegehren aber von den entsprechenden politisch organisierten Interessenten zusammengesammelt, kann eigentlich nichts daraus werden, wie in Ettlingen geschehen.

Außer Kosten und vielen meist unfreundlichen Worten hat der Entscheid nichts gebracht, da kein ausreichendes Interesse am Thema in der Bevölkerung bestand (mangelnde Wahlbeteiligung, was bei einem wirklichen "Begehren" der Menschen eigentlich nicht hätte passieren dürfen).

Die ganze Angelegenheit ist wieder im Gemeinderat, wo sie vor dem ganzen "Gemache" auch schon war.

Wir sind halt doch nicht die Schweiz mit ihrer direkteren Demokratie und Volksbeteiligung. Vielleicht entspricht dies auch nicht so ganz unserer Mentalität.

Hermann Siess, Stadtrat, fam.suess@gmx.de

Ist der Horbach veraltet?

Brauchen wir eine Neukonzeption, eine Umgestaltung zum Mehrgenerationenpark?

Wir meinen nein, denn seit der Landesgartenschau von 1988 erholen sich hier alle Generationen vom Baby bis zum Senior/der Seniorin. Deshalb ist unser Park de facto seit jeher Mehrgenerationenpark.

Vielmehr wollen wir unseren Park vor allem als Grüne Lunge unserer Stadt erhalten, Natur erlebbar machen vor der Haustür, - blühende Bäume auf Streuobstwiesen, - Schmetterlinge auf Wiesenblumen, (statt stecknadelkurzer Rasenflächen), - Vögel die ihre Nester in freiwachsenden Hecken anlegen und hier ihre Jungen aufziehen, - fließender Übergang in die Landschaft.

Unser Anliegen wäre, im Pavillon, der seit Ende der Landesgartenschau ein eher trauriges Dasein fristet, ein Café einzurichten - für alle Generationen.

Natürlich sind wir für die gelegentliche Erneuerung von Spielgeräten, können uns auch, wie vom Seniorenbeirat vorgeschlagen, einige Fitnessgeräte für Senioren im Park vorstellen, aber, wir wollen weder eine flächendeckende Möblierung unseres Parks, noch halten wir den Bau neuer Gebäude im Park, egal für welche Generation, für sinnvoll.

Das Bemühen unserer Verwaltung uns Bürgern etwas zu bieten ist anerkennenswert. Dieses Bemühen sollte aber nicht dazu führen, dass unsere physischen und finanziellen Freiräume immer weiter eingeschränkt werden.

Barbara Saebel

GRÜNE

Zauberlehrlinge



Gegen jedes Wehwehchen ein Tablettchen, gegen jedes "Unkräutlein" ein Vernichtungsmittel, gegen jeden Schädling eine Giftdusche? Oder besser noch: Pflanzen, Tiere und Menschen gentechnisch den aktuellen Bedürfnissen und modischen Trends anpassen? - Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ... ja, wen eigentlich?

Diesmal löst ein Pflanzenschutzmittel Bienensterben aus. Um Schädlingsbefall bei Nutzpflanzen vorzubeugen wurden nicht ausreichend erprobte chemische Substanzen in den Naturkreislauf eingebracht - mit verheerenden Folgen. Weder ist das Ausmaß klar, noch kann bislang gesagt werden welche Insekten noch betroffen sind und welche Ausfälle dadurch in der Nahrungskette z.B. bei Vögeln und kleinen Säugetieren entstehen. Die Unterteilung in Schädling und Nützling wird von uns Menschen sehr subjektiv, ausschließlich mit Blick auf den eigenen Ernteertrag getroffen. Aber, die daraus resultierenden Ungleichgewichte in der Natur, Artensterben einerseits und das Auftreten neuer "Schädlinge" andererseits, fallen auf uns zurück.

Das Problem trifft nicht nur Imker, Honigliebhaber und kleine Tiere, sondern uns alle! Es drohen gesundheitliche Risiken, Ernteauffälle und höhere Preise!

Gern werden von Seiten der Wirtschaft deutsche Genehmigungsverfahren wegen ihrer Gründlichkeit und ihres Zeitaufwandes bemängelt. Aber wer kommt für die langfristigen Schäden in unserer Umwelt auf, die durch Unkenntnis ökologischer Zusammenhänge und Profitstreben verursacht werden?

Unsere Natur besitzt wundervolle Selbstheilungskräfte. Nur wissen wir auch hier nicht wie und wie lange sie funktionieren. Ein Beitrag wäre, statt auf Monokulturplantagen mit viel Chemie auf Mischkultur und natürlichen Pflanzenschutz zu setzen.

Bei Goethe kommt der "Alte Meister" gerade noch rechtzeitig, um dem unheilvollen Wirken seines Zauberlehrlings Einhalt zu gebieten.

Barbara Saebel

29.05.2008

GRÜNE

Dranbleiben lohnt sich!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Kinder aus armen Ettlinger Familien (Geringverdiener, Wohngeld- und Hartz IV-Empfänger) erhalten ab dem kommenden Schuljahr 2 € Zuschuss pro Mensaeessen. Notwendig ist diese Maßnahme, da Kindern in Hartz IV nur 2,77 € täglich für die Ernährung zustehen, ein Mensaeessen aber bereits 3 € kostet. Damit bei zunehmendem Ganztagsunterricht die ca. 250 in Ettlingen betroffenen Kinder nicht vom gemeinsamen Mittagessen innerhalb der Schulen ausgegrenzt sind, haben wir erstmals im September letzten Jahres die Bezuschussung beantragt. Damals abgelehnt, sind wir drangeblieben und dank der Unterstützung einzelner Kollegen und Kolleginnen aus anderen Fraktionen und nach gründlicher Ausarbeitung durch das Amt für Familie, Jugend und Senioren, fand die Idee dann doch bei allen Fraktionen und Gruppen Zustimmung. Die Zuständigkeit liegt hier grundsätzlich beim Bund, aber vielleicht, weil die Abgeordneten selbst weniger mit Armutproblemen zu kämpfen haben, ist außer allgemeiner "Betroffenheit über Kinderarmut" bisher nichts passiert. Gut, wenn wir in Ettlingen unsere Handlungsmöglichkeiten zugunsten unserer Bürger ausschöpfen, speziell dort, wo übergeordnete Stellen versagen.

Die Wilhelm-Lorenz-Realschule wird saniert. Unser diesbezüglicher Antrag, anlässlich der Haushaltsberatungen erstmal mehrheitlich abgelehnt, fand nun fraktionsübergreifend Unterstützung. Das Amt für Gebäudewirtschaft bestätigte die Notwendigkeit und errechnete den Finanzrahmen. Neben dem Austausch der veralteten Fenster und der teils maroden Sanitäranlagen, soll auch eine Wärmedämmung aufgebracht werden, (Antrag der FW) um den Energiebedarf langfristig zu reduzieren. Die Schule feiert nächstes Jahr ihr 40-jähriges Bestehen noch im alten Look, aber noch in 2009 soll mit den Arbeiten begonnen werden. Uns ist wichtig, dass bei den aktuellen Diskussionen um die millionenschwere Sanierung unseres Schlosses, die weniger prestigeträchtigen kommunalen Pflichtaufgaben, wie Schulsanierungen, nicht zu kurz kommen.

Barbara Saebel

05.06.2008

GRÜNE

Großes Kino in Ettlingen



Am vergangenen Wochenende und dem Wochenende davor fand in Ettlingen das Landesjazzfestival Baden-Württemberg statt.

Die Stimmung in der Stadt war einfach nur schön. Live Jazz zu genießen und dazu auf dem Markt einkaufen zu können oder einfach nur herumzusteher und zuzuhören, hatte wirklich etwas Besonderes an sich.

Die Qualität der Darbietungen war hervorragend und auch unsere Musikschule konnte sich prima präsentieren.

Die ganze Sache war ein riesengroßer Erfolg. Auch von unserer Seite dem Veranstalter, dem Jazzclub Ettlingen, ein Dankeschön!

Es gibt so vieles, was die Leute in Ettlingen ärgert (berechtigt oder auch unberechtigt) und der Trend so ziemlich alles negativ zu sehen, ist ja bekannt.

Die zwei Wochenenden waren ein wahres Zeichen gegen diesen Trend.

Das hat gut getan und eine positive Grundstimmung vermittelt.

Wer oder was kann so etwas besser als die Musik?? Wir in Ettlingen können uns glücklich schätzen im Bereich der Musik so gut dazustehen, sei es hier der Jazzclub, die Musikschule oder alle anderen Vereine, die mit Musik etwas zu tun haben.

Allen einmal, von dieser Stelle aus, vielen Dank.

Hermann Siess, Stadtrat

fam.siess@googlemail.com

12.06.2008

GRÜNE

Wettlauf der Kommunen: Viele Verlierer - wenige Gewinner

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Beispiel: Edeka will rationalisieren, seine Fleischwerke in Offenburg, Mögglingen und Heddesheim schließen, um ein neues Werk in Rheinstetten zu bauen.

Neue Arbeitsplätze? - Keine! Es findet lediglich eine Verlagerung statt. Mitarbeiter der Altstandorte müssen umziehen, täglich pendeln oder werden arbeitslos.

Steuereinnahmen? In den 3 Ursprungskommunen fehlen künftig Steuereinnahmen, in Rheinstetten wird erst mal der teure Neubau abgeschrieben.

Flächenverbrauch: 310.000 m², entspricht etwa 4 Fußballfeldern.

Umweltverträglichkeit: Die Fläche ist für Landwirtschaft, Erholung und als Wasserschutzgebiet ausgewiesen, d.h. keine industrielle Bebauung (Regionalplan und im Flächennutzungsplan 2010).

Bauvorhaben: 346 m lang, 153 m breit, 20 - 30 m hoch, 450 Stellplätze

Verkehrsbelastung: täglich zusätzlich ca. 400 Lkw- und 800 Pkw-Fahrten

Subventionierung: etwa 20 Mio. Steuergelder für Edeka, da das Land anstelle der ortsüblichen 110 €/m² lediglich 40 €/m² für das Grundstück verlangt.

Ausgleichsmaßnahmen: Edeka pflanzt einige Bäume auf vormals ebenfalls landwirtschaftlich genutzte Flächen und "wertet diese damit auf". Die Folgen der Umweltzerstörung, Bodenversiegelung, Luftverschmutzung, Lärmbelastung tragen wir Bürger/Steuerzahler und unsere Kinder.

Rechtliche Lage: Der Rheinstettener Gemeinderat kann die Ansiedlung verhindern, indem er die Änderung des Flächennutzungsplanes zugunsten des Investors ablehnt. Wird er seiner Verantwortung gerecht?

Was hat das mit Ettlingen zu tun? Auch unser Gemeinderat vergibt, um Unternehmen andernorts abzuwerben, Gewerbeflächen zu Dumpingpreisen, begünstigt wird nicht wer Fläche spart, sondern wer möglichst viel verbaut. In der Hoffnung auf immer höhere Steuereinnahmen sollen im nächsten Flächennutzungsplan noch mehr Äcker zu Industrieflächen umgewidmet werden.

Lebensmittel werden weltweit teurer, landwirtschaftlich nutzbare Flächen knapper, die Umweltprobleme eskalieren - trotzdem versiegeln wir unsere Äcker munter weiter ...

Barbara Saebel

19.06.2008

GRÜNE -

Bebauungsplan Karlsruher Straße

Auf Antrag der CDU soll überprüft werden, ob der Bebauungsplan formal korrekt bearbeitet wurde und ob die Klagen der Bürger, die sich dem Investor des Zschernitz-Areals gegenüber benachteiligt sehen, berechtigt sind. Das beruhigt möglicherweise einige Bürger, greift aber in der Sache zu kurz! Wir bezweifeln nicht die formal korrekte Arbeitsweise unseres Planungsamtes, sondern die Sinnhaftigkeit des gesamten Bebauungsplanes!

Wir GRÜNE haben diesen Bebauungsplan abgelehnt, weil wir hierin keine zukunftsweisende **funktionale Verbesserung** für die Karlsruher Straße erkennen können. Durch die Karlsruher Straße soll künftig zusätzlich die geplante Straßenbahntrasse führen, so sind Staus und zusätzliche Abgase an der Engstelle zwischen Huttenkreuzkreisel und Lauerturm Kreisel praktisch vorprogrammiert, genauso wie Probleme für Fußgänger und Radfahrer. Deshalb wollten wir eine Verbreiterung der Straße im Bebauungsplan ermöglichen. - Leider Fehlanzeige! Unserem Planungsamt ging es hier lediglich um eine **gestalterische Aufwertung** der Karlsruher Straße durch die Neubebauung des Zschernitz-Areals. Dem steht erfahrungsgemäß die Gewinnmaximierungslogik eines Investors aber eher entgegen. Bebauungspläne speziell an so zentraler Stelle sollten unseres Erachtens dem Gemeinwohl Rechnung tragen und nicht vorrangig den Interessen einzelner Großinvestoren.

Barbara Saebel